



Presseinformation

Nr. 062/2004

Kiel, Donnerstag, 19. Februar 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Wissenschaft und Forschung

Ekkehard Klug: „Forschungsblockaden kosten Wohlstand und Arbeitsplätze“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 5** (Forschung [Drucksache 15/3202]) erklärte der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Was hier von grüner Landtagsfraktion und rot-grüner Landesregierung auf 85 Seiten an Fragen und Antworten ausgebreitet worden ist, führt im Kern zu einem sehr ernüchternden, aber nicht gerade neuen Fazit: Im Vergleich mit anderen Bundesländern findet in Schleswig-Holstein recht wenig Forschung statt.

Der Anteil der Wissenschaftler an der Summe aller Beschäftigten ist nur in Brandenburg niedriger als bei uns.

Der Anteil Schleswig-Holsteins an den in Deutschland getätigten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) liegt mit 1,4% sehr niedrig.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Der unterdurchschnittliche Zufluss von Forschungsmitteln des Bundes ist sicher einer davon. Auf diesen Punkt haben die Grünen in ihrer Pressemitteilung vom 9. Februar auch hingewiesen - allerdings ziemlich einseitig.

Die stärkere Präsenz forschender Industrieunternehmen in anderen Ländern dürfte beim mageren schleswig-holsteinischen FuE-Anteil wohl noch eine größere Rolle spielen.

Und die mangelnde ‚Eigenleistung‘ des Landes darf man natürlich auch nicht vergessen - auch wenn die fragestellenden Grünen und die antwortende rot-grüne Landesregierung diesen Faktor verständlicherweise lieber unter den Tisch fallen lassen.

Dabei hat zuletzt der Bericht der Erichsen-Kommission dieses Manko mehr als deutlich gekennzeichnet: Im Vergleich zum Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer gibt dieses Land für seine Hochschulen

jährlich mehr als 100 Millionen Euro weniger aus, als es seiner Größe entspräche.

Wie sehr die Grundausstattung der Hochschulen darüber entscheidet, was dann noch an Drittmitteln dazu kommen kann, das kann man aus dem ‚Förder-Ranking‘ der Deutschen Forschungsgemeinschaft erschließen. In der Liste der deutschen Universitäten, die zwischen 1999 und 2001 die höchsten DFG-Fördermittel erhalten haben, stehen auf den ersten zehn Plätzen acht süddeutsche Hochschulen - vier in Baden-Württemberg und vier in Bayern - , die beiden übrigen sind die Technische Hochschule Aachen und die Berliner Humboldt-Universität. Schleswig-Holstein ist mit der Universität Kiel erst auf Platz 36 vertreten.

Wer unseren Hochschulen im Wettbewerb um Drittmittel größere Chancen geben will, der muss ihre Grundausstattung verbessern. Daran führt kein Weg vorbei.

Der Nachholbedarf unseres Landes ist unbestreitbar. Die mit – hierzulande vergleichsweise geringen Mitteln – an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen erbrachten Leistungen werden dadurch nicht etwa geschmälert, sondern sind eigentlich um so beachtlicher.

Im Fächerspektrum sollten Schwerpunkte deutlich werden, aber es darf sich keine Steinbruchmentalität ausbreiten. Die Empfehlung der Hamburger Dohnanyj-Kommission, an der Uni Hamburg die Hälfte der Geisteswissenschaften wegzurasieren, sei als abschreckendes Beispiel genannt - leider übrigens nicht das einzige, wenn man an Äußerungen des Berliner SPD-Finanzsenators Sarrazin denkt, der alles außerhalb der Natur- und Ingenieurwissenschaften für „weniger relevant“ und „nicht produktiv“ erklärt hat.

Neue Steuerungsinstrumente der Hochschulfinanzierung dürfen nicht übermäßig auf Nachfrageorientierung beruhen. Wenn Fächer vorwiegend nach Kopfzahl der Studierenden finanziert werden, kann das angesichts der Wellenbewegungen in der Nachfrage fatale Folgen haben. In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der Absolventen in den Ingenieurwissenschaften von 1995 bis 2002 leider mehr als halbiert: von 963 auf 410. Seit einiger Zeit verzeichnen diese Fächer aber wieder steigende Anfängerzahlen. Hochschulfinanzierung darf nicht mit kurzem Atem an solchen Schwankungen ausgerichtet sein, sonst werden ganze Fachbereiche oder Hochschulen mit entsprechenden Schwerpunkten funktionsunfähig.

Wirtschafts- und Industriepolitiker haben vor allem die anwendungsbezogene Forschung im Blick. Das ist insoweit verständlich, als man in diesem Bereich auf kurz- und mittelfristige ökonomische Nutzeffekte setzt.

Wenig vernünftig wäre es jedoch, darüber die Bedeutung der Grundlagenforschung aus dem Blick zu verlieren. Deren „Früchte“ reifen so langsam, dass kein Wirtschaftsunternehmen es sich leisten kann, unter jahre- oder Jahrzehntelangem Verzicht auf Rendite in diese Forschung Geld zu investieren. Hier liegt deshalb vor allem die Verantwortung und die Rolle staatlicher Forschungspolitik. Ohne sie gäbe es überhaupt keine Grundlagenforschung.

Im übrigen wissen auch die Leiter erfolgreicher Unternehmen oft nicht, welche wissenschaftliche oder technische Entwicklung das Potenzial für wirtschaftlichen Nutzen enthält. Noch 1977 erklärte Ken Olson, der Präsident und Gründer der Digital Equipment Corp., es gäbe keinen Grund dafür, dass jedermann bei sich zu Hause einen Computer besitzen wolle.

David S. Landes, Wirtschaftshistoriker an der Harvard University, hat in seinem Buch „Wohlstand und Armut der Nationen“ ein gutes Beispiel für eine wissenschaftliche und wirtschaftliche Erfolgsstory beschrieben: den Aufstieg der deutschen chemischen Industrie um die vorletzte Jahrhundertwende. Binnen kurzer Zeit errangen damals deutsche Unternehmen beim Verkauf synthetischer Farbstoffe einen Weltmarktanteil zwischen 80 bis 90 Prozent. Ohne erstklassige Chemiker und Ingenieure - und ohne Unternehmer, die deren Fähigkeiten für den Aufbau neuer Fabriken nutzten - wäre das nicht möglich gewesen. Landes spricht von einer „Kombination aus Begabungspool, unternehmerischer Initiative und forschungsorientierter Wissenschaftskultur“, die für den phänomenalen Erfolg der deutschen Chemieindustrie um das Jahr 1900 entscheidend war.

Forschungs- und Wissenschaftspolitik kann nur die Rahmenbedingungen schaffen, unter denen Forscher und Unternehmer so etwas zustande bringen können. Politisch motivierte Forschungsverbote sind fatal und haben sich in der Vergangenheit immer als Irrtum herausgestellt - die Ablehnung der Relativitätstheorie durch die NS-Diktatur oder der Genetik durch Stalins Regime nur als Beispiel genannt. Aber auch in Demokratien ist die Forschung nicht vor Blockaden sicher - das zeigt die gebremste Entwicklung der Gentechnik im heutigen Deutschland. Solche Forschungsbehinderungspolitik rächt sich auf lange Sicht durch schrumpfenden Wohlstand und den Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Große Anfrage berührt auch das Thema der Aufgabenverteilung im Bund-Länder-Verhältnis.

Die FDP hält eine gemeinsame Bund-Länder-Verantwortung für die außeruniversitären Forschungsinstitute für unverzichtbar. In diesem Punkt sehen wir gute Gründe, von der ansonsten richtigen Forderung nach Aufhebung der Mischfinanzierungen eine Ausnahme zu machen. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen geht es darum, dass in Deutschland alle wichtigen Forschungsfelder mit der nötigen Ausstattung vertreten sind. Ohne Koordination, ohne Abstimmung und ohne finanzielle Bundesbeteiligung ist das nicht machbar. Wären allein die Länder zuständig, dann käme es erstens zu Doppelt- und Dreifachangeboten - bei ‚weißen Flecken‘ in anderen Bereichen -, und zweitens ginge manchen Bundesländern auf diesem Spielfeld die Puste aus.

Anders sieht die Sache bei den Hochschulen aus. Da halten wir eine klare Zuordnung zur Länderkompetenz für sinnvoll und machbar. Das gilt, unter Voraussetzung einer finanziellen Kompensation, auch für den Hochschulbau - gegebenenfalls auch mit Übergangslösungen.

Bei der Föderalismusreform müssen alle relevanten Finanzströme in die Betrachtung einbezogen werden. Das gilt auch für die Forschungsmittel des Bundes. In Schleswig-Holstein gibt es ein einziges Max-Planck-Institut, in München gibt es davon gleich zehn, zuzüglich der Zentrale der Max-Planck-Gesellschaft: 3.000 gut dotierte Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren,

auf die rituelle Aufzählung unserer schleswig-holsteinischen Forschungs-Highlights will ich an dieser Stelle verzichten. Sie wissen schon: Biowissenschaften, Medizintechnik, Meereswissenschaften etcetera.

Eine konkrete Anregung möchte ich aber hinzufügen. Ausgehend von der Überlegung, dass manches sich am besten zusammen mit Partnern außerhalb der Landesgrenzen - und zwar nicht unbedingt nur mit Hamburg - realisieren ließe, möchte ich den Aufbau eines Forschungsverbunds zum Thema Entwicklung der Ostseeregion vorschlagen - vielleicht auch als Sonderforschungsbereich.

Ein magisches Wort der aktuellen Wissenschaftspolitik lautet „Evaluierung“. Als Anregung zum Nachdenken will ich abschließend ein Zitat aus der Evaluierung eines Mathematik-Lehrstuhls vorstellen - natürlich aus Datenschutzgründen in anonymisierter Form.

„Der Genannte hat kaum Studenten und seine Lehrveranstaltungen fallen mangels Teilnehmern häufig aus. Die Zahl der Abschlüsse ist vernachlässigbar. N. hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das von Experten als ebenso ambitionös wie verworren, da die darin zugrundegelegten Axiome der alltäglichen Erfahrung widersprechen... Da das Fach nur einen minimalen Erfolg in Lehre und Ausbildung und zweifelhafte Forschungsleistungen aufweist, empfiehlt die Evaluationskommission seine Auflösung“.

Es handelt sich um die - fiktive - Evaluation des Mathematik-Lehrstuhls eines gewissen Isaac Newton, Universität Cambridge, Anno 1690. Der Philosoph und Wissenschaftshistoriker Klaus Fischer (Uni Trier) hat damit zeigen wollen, vor welchem Problem die Pioniere neuer wissenschaftlicher Entwicklungen stehen, wenn sie vom Urteil einer eher traditionsverbundenen Gutachtergemeinde abhängen. Wie viel Freiheit von Forschung und Lehre bleibt bei lauter Evaluation am Ende noch übrig?